

Muster-Bescheid mit Widerrufsvorbehalt zur Gewährung einer Mobilitätsprämie bei Beamtinnen/Beamten

Sehr geehrter Herr .../Sehr geehrte Frau

laut Zuteilungsverfügung vom ... sind Sie mit Wirkung zum ... der Dienststelle ... dauerhaft zugeteilt worden. Sie haben den Dienst am ... angetreten. Ihr Dienort hat sich damit von ... zu ... geändert.

Auf der Grundlage von Nr. 4.10 der Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz 2015/2016 (in folgenden Haushaltsjahren die entsprechende Vorschrift) ergeht daher der folgende

Bescheid:

Sie erhalten eine Mobilitätsprämie in Höhe von 3.000 EUR (brutto).

Widerrufsvorbehalt:

Dieser Bescheid kann vollständig oder teilweise widerrufen werden, wenn Ihre Zuteilung an die Dienststelle ... vor Ablauf von drei Jahren nach dem (... Datum des tatsächlichen Dienstantritts) endet. Der Umfang des Widerrufs bemisst sich wie folgt:

- Vollständiger Widerruf, wenn die Zuteilung vor Ablauf eines Jahres,*
- Widerruf in Höhe von zwei Dritteln des Betrags, wenn die Zuteilung nach einem Jahr, aber vor Ablauf von zwei Jahren,*
- Widerruf in Höhe von einem Drittel des Betrags, wenn die Zuteilung nach zwei Jahren, aber vor Ablauf von drei Jahren nach (... Datum des tatsächlichen Dienstantritts) endet.*

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift¹ bei (... Behörde, die den Bescheid erlassen hat ...) in (...) einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in (...), Postfachanschrift (...), Hausanschrift (...), schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts² erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (... Bezeichnung des Beklagten...) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in (...), Postfachanschrift (...), Hausanschrift (...), schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts² zu erheben. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (... Bezeichnung des Beklagten...) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll

1 Ggf. um schriftformersetzende Verfahren nach Art. 3a Abs. 2 BayVwVfG ergänzen, soweit die Behörde für die Übermittlung elektronischer Dokumente den Zugang eröffnet, Art. 3a Abs. 1 BayVwVfG. Art. 3a Abs. 2 BayVwVfG wurde durch Art. 9a des Bayerischen E-Government-Gesetzes vom 22. Dezember 2015 neu gefasst (GVBl. S. 458, BayRS 206-1-F).

2 Ab 1. Januar 2018 nach Inkrafttreten der Änderungen von § 55a VwGO ggf. ergänzen um elektronische Einreichungsmöglichkeiten. § 55a VwGO wird durch das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) neu gefasst werden.

einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Auf die Mobilitätsprämienrichtlinie in der Anlage wird hingewiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage:

Richtlinie zur Gewährung einer Mobilitätsprämie (Mobilitätsprämienrichtlinie – MoPrR)